

A n t w o r t

des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Martin Brandl (CDU)
– Drucksache 18/922 –

Refinanzierung der Tarifsteigerungen von Busfahrerinnen und Busfahrern – Bisherige Zahlungen zum Abschluss des Vorjahrs

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 18/922** – vom 23. August 2021 hat folgenden Wortlaut:

Wie in der Großen Anfrage der CDU-Landtagsfraktion – Drucksache 18/735 – beschrieben, ist eine Auszahlung der zugesagten Mittel zur Refinanzierung der Tarifsteigerungen von Busfahrerinnen und Busfahrern für den Jahresabschluss der Betriebe unerlässlich.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Mit welchen Mitteln sind die Unternehmen nach Kenntnis der Landesregierung im Jahr 2020 in Vorleistung getreten, um den Tarifabschluss mit ver.di zu finanzieren?
2. Wie viele dieser Mittel sind – Stand heute – für das Jahr 2020 von den Unternehmen bei der Landesregierung beantragt?
3. Wie viele dieser Mittel sind – Stand heute – von der Landesregierung für das Jahr 2020 bewilligt?
4. Wie viele Mittel sind – Stand heute – für das Jahr 2020 von der Landesregierung an die Unternehmen ausgezahlt?
5. Falls zutreffend, wie begründet die Landesregierung, dass bisher keine Mittel geflossen sind?
6. Falls zutreffend, wann sollen die ersten Mittel ausgezahlt werden (bitte begründen)?

Das **Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 8. September 2021 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Der Landesregierung liegen hierzu noch keine konkreten Zahlen vor. Überschlägige Schätzungen gehen davon aus, dass die Gesamtsumme der Lohnkosten für die Unternehmen (Löhne, plus Sozialabgaben) bei etwa 100 Mio. Euro liegt. Die prozentuale Erhöhung betrug laut gutachtlichen Ermittlungen im Schnitt 11,28 Prozent. Dazu kommen jedoch noch weitere Kostenblöcke wie z. B. die Sozialabgaben, die Corona-Einmalzahlungen für Gewerkschaftsmitglieder.

Zu den Fragen 2 bis 6:

Die Fragen 2 bis 6 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gesammelt beantwortet.

Es wurden noch keine Mittel beantragt. Die Berechnungstabellen, mithilfe derer die Unternehmen ihren Bedarf nachweisen, befinden sich derzeit bei den Verbänden zur Prüfung. Es wird damit gerechnet, dass die Anträge in der zweiten Septemberwoche beim Land eintreffen werden.

Ohne vorliegende Anträge kann keine Bewilligung erfolgen. Die Sammelanträge der Verbände werden für die zweite Septemberwoche erwartet. Die Bewilligung kann dann binnen weniger Tage erfolgen.

Anne Spiegel
Staatsministerin